



debatte

Der Schlüssel liegt im Süden

Den Kapitalismus abschaffen oder grünes Wachstum fördern? Was wir Deutschen gegen die Klimakrise tun können

Das perfide Zusammenwirken von Ökologie und Ökonomie treibt uns in eine beispiellose Krise, auf die es zwei Antworten gibt, die beide völlig unbefriedigend sind: Postwachstumsökonomie (PWÖ) und Green New Deal. Zwei Auswege für eine im Grunde ausweglose Situation, die sich durch unkontrolliertes Wachstum und globalen Kapitalismus ergeben hat: Die Menschheit verbraucht viel mehr, als unsere Erde auf Dauer zu bieten hat. Die Vertreter der PWÖ entgegnen darauf: Schluss mit dem Wachstum, das uns die Krise eingebrockt hat! Nur verändertes Konsumverhalten senkt die Wachstumskurven wirklich. Wir dürfen den Bock des Wachstums nicht zum Gärtner machen und meinen, noch mehr „ergrüntes“ Wachstum würde uns retten.

Genau das meinen Vertreter des Green New Deals. Sie setzen auf nachhaltiges Wachstum: tech-

Können wir im „Norden“ das nachholende Wachstum des „Südens“ ausgleichen? Und wie viel müssten wir schrumpfen?

nologische Innovationen und Marktwirtschaft, eventuell gepaart mit gezielten Verboten schädlichen Konsums. Man muss für dieses Modell nicht den Menschen und die Wirtschaft neu erfinden, es nutzt altbekannte Pfade, zum Beispiel den Egoismus des Homo oeconomicus, wenngleich auf lange Sicht.

Dagegen protestieren die Postwachstumsökonomien, nachhaltiges Wachstum sei unmöglich, besonders wegen der bekannten Bumerangeffekte. Diese treten auf, wenn wir beispielsweise ein einzelnes Auto effizienter als zuvor produzieren. Wenn so weniger Sprit pro Fahrt verbraucht wird, wird Auto fahren billiger, weshalb sich der Spritverbrauch der gesamten Flotte trotz sparsamerer einzelner Autos erhöht. Nur wegen dieses Schemas erkläre sich, weshalb unsere Klimagasemissionen auch dann steigen, wenn ein Produkt ökologisch effizienter als sein Vorläufer ist. Vertreter des Green New Deal kontern, dass man solche Entwicklungen durch globale Steuern vermeiden kann. Aber jeder weiß, wie schwer globale Steuern zu erheben sind.

Ulrike Herrmann von der taz hat jüngst den Wachstumsoptimisten die Leviten gelesen. Es werde auch in Zukunft insbesondere in der Technologie zur Speicherung erneuerbarer Energien einen Engpass geben. Es sei ausgeschlossen, jemals genug Ökostrom zu erzeugen, um die Emissionen auf null zu senken und gleichzeitig die Wirtschaftsleistung weiterhin zu steigern. Weil der Kapitalismus ohne Wachstum nicht funktioniert, lasse sich die Klimakrise nicht lösen, ohne ihn abzuschaffen. Allerdings ist es nicht nötig anzunehmen, dass eine technische Unmöglichkeit an einem bestimmten Punkt das ganze grüne Wachstum dauerhaft aushebelt. Dazu sind unsere Ingenieure doch zu dynamisch. Zudem widerspricht Herrmann überzeugend Studien (etwa

von Agora Energiewende), wonach grünes Wachstum billig und sogar ein Geschäft wäre, wenn es erst einmal damit losginge. In der Tat, der Green New Deal scheint größtenteils sinnlos, wenn er davon ausgeht, nur fünf- oder zehnfaches Wachstum bringe uns aus der Krise, die wir dem Wachstum verdanken.

Allerdings scheint mir die Alternative, die PWÖ, nicht gleichermaßen kritisch analysiert zu werden. Es gibt ein Recht auf ein würdevolles Leben und eine Wirtschaft ohne Armut. Die Frage ist: Wenn wir global nachholendes Wachstum brauchen, können wir im „Norden“ das nachholende Wachstum des „Südens“ ausgleichen? Wie viel müssten wir schrumpfen? Ich behaupte mal so viel, dass dies keine Akzeptanz bei uns finden würde, selbst wenn man ein Ende von Konsum und Erwerbsarbeit als Befreiung kommunizierte. Das zeigt die manische Diskussion der Energiekrise in diesem Winter, die schlimmstenfalls nur einen Bruchteil der Schrumpfung bedeuten würde, die uns eine PWÖ zumutete.

Zudem braucht der Globale Süden hoch entwickelte Technik, damit er sauberer wachsen kann, als wir es getan haben. Dazu müssen wir innovativ wachsen. Zudem werden manche Länder im Globalen Norden (etwa die USA) genug grüne Energie für sich selbst produzieren können, anders als das energiearme Deutschland. Diese Länder werden niemals auf eine PWÖ umschwenken. Würden wir in Deutschland alleine den Konkurrenznachteil eines Wachstumsstopps in Kauf nehmen? Realisierbarer als eine völlig neue Wirtschaftsweise scheint es zu sein, die Prioritäten des Klimaschutzes in Deutschland neu zu ordnen.

Die Energiewende im Inneren bindet viele Kapazitäten und ist für ein energiearmes Land wie Deutschland zwar nötig, aber schwierig. Wir könnten uns aussichtsreicher vorrangig im Süden betätigen und schnell und sicher Klimagasen beseitigen, indem wir Kapital investieren, um den Regenwald oder die Moore zu schützen. Der ehemalige Präsident von Ecuador, Rafael Correa, hat 2007 angeboten, den Regenwald des Landes unangetastet zu lassen, wenn die Industrienationen für den Status quo bezahlen. Die Chance wurde vertan, aber lässt sich Derartiges nicht andernorts aufbauen? Wenn wir dort helfen und unsere eigene Energiewende weniger kapitalintensiv und europäischer ausgerichtet betreiben würden, würde Deutschland die globale Menge an Klimagasen effizient verringern. Diese gilt es schnellstmöglich zu verkleinern, auch um in Richtung Klimaneutralität mehr als die angestrebte Senkung der Emissionen um 2 Prozent des globalen Aufkommens zu erreichen – so groß ist Deutschlands Anteil an den globalen Emissionen.

Gleichzeitig gilt es auch im Inland eine Energiewende einzuleiten. Und es gilt Techniken wie die Stahlproduktion mit grünem Wasserstoff zu entwickeln, die durch Installation in der Breite zukunftsfähig würden. Aber es bleibt wahr, dass die deutsche Energiewende immer ein primär symbolisches Projekt ist, denn es zielt auf lediglich 2 Prozent Reduktion der globalen Klimagasen. Will Deutschland etwas über das Symbolische hinaus bewirken, muss es Klimaschutz global und außenpolitisch denken.



Bernhard Gesang ist Professor für Philosophie und Wirtschaftsethik und Autor. 2020 erschien „Mit kühlem Kopf. Über den Nutzen der Philosophie für die Klimadebatte“ (Hanser Verlag).

Barbara Dribbusch über Zuwanderung und Spracherwerb

Respekt vor dem Unperfekten!

Das Niveau vieler Deutscher im Verständnis von Ausländer:innen, die die hiesige Sprache lernen, zeigt sich in den Chinesenwitzen: „Kommt ein Chinese in die Bäckerei und sagt: Ich möchte gelbe ein Blöchen. – Die Verkäuferin: Kollegin kommt gleich.“ Harharhar. Beim Thema Spracherwerb werden wir dazulernen müssen, sonst wird das nichts mit der Erwerbsmigration, die wir so dringend brauchen.

In einer neuen Bertelsmann-Studie geben die Firmen Probleme an, die auftreten, wenn sie ausländische Fachkräfte rekrutieren. „Sprachliche Verständigungsschwierigkeiten“ stehen ganz oben auf der Liste. Das Deutsche mit der komplizierten Grammatik und Aussprache, mit den Umlauten und Doppelkonsonanten ist in der Tat schwer zu erlernen, und das kann abschrecken. Ausländer:innen, die hier leben und arbeiten, berichten aber auch, wie schnell sie von Deutschen von oben herab behandelt werden, wenn sie Artikel, Fälle und Zeiten nicht richtig setzen. „Gutes Deutsch“ ist immer noch ein soziales Distinktionsmerkmal.

Dieser Sprachklassismus gehört in die Mottenkiste. Viel wichtiger als die korrekten Artikel ist die Funktion der Sprache: Man muss verstanden werden. In London zum Beispiel hört man diverse Englischvarianten je nach Migrationsgeschichte. Das gehört wie selbstverständlich zu den kulturellen Besonderheiten.

Die Studie empfiehlt zu Recht, dass der Spracherwerb für Erwerbsmigrant:innen im Herkunftsland beginnen sollte. Das Internet bietet alle Möglichkeiten, die Sprache einigermaßen interaktiv und lebensnah zu lernen. Dazu braucht es mehr kostenfreie Angebote, wie sie die Bundesregierung mit dem neuen Einwanderungsgesetz plant. In den Firmen hierzulande wiederum müssten „Sprachlotsen“ bestimmt werden, die den vor Kurzem zugewanderten Kolleg:innen zur Seite stehen und bei Bedarf auch deren geschäftliche Mails gegenlesen. Wir brauchen ein globales Verständnis und mehr Respekt vor dem arabisch, asiatisch oder romanisch eingefärbten Deutsch mit den entsprechenden Besonderheiten. So viel Kosmopolitismus muss sein.

Hildegard Willer über das Scheitern von Pedro Castillo

Peru braucht einen Reset

In Südamerika ist es nicht unüblich, dass politische Newcomer in hohe Staatsämter gewählt werden. Einige lernen schnell, wie man trotz mangelnder Erfahrung politisch überlebt. Pedro Castillo gehörte nicht dazu. Der Dorfschullehrer aus Tacabamba verkörperte für viele die Hoffnung, dass ein politisch unverdorbenen Mann aus dem einfachen Volk den korrupten und elitären Politikerkrieg aufsprengen würde. Die Hoffnung wurde enttäuscht. Castillo war ein schlechter Präsident. Statt dringend notwendige Reformen durchzusetzen, regierte er mit traditioneller Klientelpolitik und geriet in Korruptionsverdacht. Der Kongress, der ihm spinnefeind war, ist vorerst als Sieger aus dem Machtkampf hervorgegangen. Dabei sind die meisten Abgeordneten um keinen Deut besser.

Castillos Absetzung ist Symptom der politischen Dauerkrise, die Peru seit Jahren fest im Griff hat. 2017 kam ans Licht, dass der brasilianische Baukonzern Odebrecht alle seit 2000 demokratisch gewählten Präsidenten bestochen hatte. Dann ging es Schlag auf Schlag: Jeder gewählte Präsident geriet in Kor-

ruptionsverdacht, einige wurden abgesetzt, landeten im Gefängnis.

Demokratie ohne Korruption ist für viele Peruaner seitdem nicht mehr vorstellbar. Die schwache und unfähige Regierung Castillos hat diese Dichotomie noch verstärkt. Es wird schwer für die neue Präsidentin Dina Boluarte, die politische Polarisierung zu überwinden. Denn sie ist politisch ein unbeschriebenes Blatt und abhängig von einem hochgradig unbeliebten Kongress. Neuwahlen von Legislative und Exekutive könnten eine gewisse Stabilität herbeiführen. Nur ist fraglich, ob der Kongress diesen zustimmen wird.

Peru bräuchte einen politischen Neustart mit Reformen des Wahlrechts und der Parteienfinanzierung, mit neuen Gesichtern. Die sind aber nicht in Sicht. Wahrscheinlicher ist, dass sich die politische Krise noch zuspitzt. Im schlimmsten Falle könnten extreme Politiker wie der Linksfaschist Antauro Humala davon profitieren. Castillo hat seine Sache als Präsident schlecht gemacht. Das heißt nicht, dass es nicht noch schlimmer kommen kann.

ausland 11

Eric Bonse über neue EU-Sanktionen gegen Russland

Von der Leyens Resterampe

Vor einem Jahr hat die EU damit begonnen, Sanktionen gegen Russland auszuarbeiten. Damals ging es noch darum, Moskau von einem Angriff auf die Ukraine abzuhalten. Dieses Ziel wurde verfehlt. Danach erließ die EU acht Sanktionspakete, die Russland schwächen und den Krieg verkürzen sollten. Auch dieses Ziel wurde nur teilweise erreicht. Die Wirtschaft schwächelt, doch der Krieg geht weiter.

Vor diesem Hintergrund sollte man erwarten, dass die EU Bilanz zieht und die Wirkung ihrer Sanktionen überprüft. Welche Ziele wurden erreicht, welche nicht? Welche Nebenwirkungen haben die Strafen auf Europa und die Welt? Ist der Preis der Strafen womöglich höher als ihr Nutzen? – Doch dies ist nicht geschehen. Die EU-Kommission hat es nicht einmal für nötig gehalten, eine Folgenabschätzung vorzulegen und sich kritischen Fragen zu stellen.

Stattdessen wählt Behördenchefin Ursula von der Leyen die Flucht nach vorn. Wenige Tage nachdem ein umstrittenes Ölembargo und ein löchriger Preisdeckel in Kraft getreten sind

– wieder ohne durchschlagenden Erfolg –, präsentiert sie stolz das neunte Sanktionspaket. Die bisherigen Strafmaßnahmen hätten Russland schon sehr hart getroffen, behauptet sie, doch nun werde der Druck noch erhöht. Es klingt noch hohler als beim letzten Mal.

Die Vorschläge, die von der Leyen vorgelegt hat, wirken wie eine traurige Sammlung von der Resterampe. Mit den rücksichtslosen russischen Angriffen auf die Energieversorgung in der Ukraine haben sie wenig zu tun. Zwar sollen diesmal Schlüsselfiguren des russischen Militärs abgestraft werden. Doch warum erst jetzt – warum nicht gleich zu Beginn des Kriegs?

Und was sollen weitere Handelsbeschränkungen für zivile Güter bringen, die auch militärisch genutzt werden können? Dual-Use-Produkte standen schon auf früheren Listen. Sie erneut anzuführen ist ein Eingeständnis, dass die bisherigen Strafen nicht das gewünschte Ergebnis gebracht haben – wie so viele andere Beschlüsse. Die Sanktionen erweisen sich immer mehr als Symbolpolitik.

krieg in der ukraine 2